

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Jugendhilfeausschuss	13.09.2016
Integrationsrat	31.10.2016

Sachstand Unterbringung unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) zur Jahresmitte 2016

Nach dem seit 1.11.2015 in Kraft getretenen „Bundesgesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer minderjähriger und Jugendlicher“ sollen die einreisenden UMA bundesweit gleichmäßig auf alle Jugendämter verteilt werden.

Für Köln ist es vorrangiges Ziel der Jugendverwaltung, das Verteilverfahren optimal umzusetzen, sowie die in 2015 eingerichteten Notunterbringungsplätze in Jugendherbergen, Hotels, und Jugendeinrichtungen abzubauen und die UMA auf reguläre bestehende oder neu geschaffene Wohngruppenplätze bedarfsgerecht zu vermitteln.

In 1. Halbjahr 2016 baten 271 UMA im Jugendamt Köln um Inobhutnahme.
Davon wurden bis 30.06.2016

- 67 Jugendliche in Köln (in der Regel bei Verwandten) aufgenommen
- 127 Jugendliche über die Landesstelle zu Verteilung angemeldet und verteilt
- 52 Jugendliche entzogen sich der Verteilung und wurden als vermisst gemeldet
- 14 Jugendliche Inobhutnahme wegen Volljährigkeit abgelehnt
- 11 Jugendliche befanden sich noch im Verteilverfahren

Zuzüglich der Bestandsfälle aus den vorigen Jahren ist das Jugendamt Köln derzeit für 1035 minderjährige und volljährige Flüchtlingsjugendliche zuständig.

Die Zuweisungsquote des Landes für die UMA liegt derzeit bei 776 UMA.

Von den über 300 Jugendlichen, die Ende 2015 im Rahmen einer Notversorgung untergebracht werden mussten, konnte der weitaus überwiegende Teil inzwischen regulär untergebracht werden. Fast alle Plätze in Jugendherbergen, Hotels, Jugendzentren, Büroräume oder der leerstehenden Schule konnten geschlossen werden. Die derzeit ca. 50 UMA, die noch über Notbelegungsplätze betreut werden, sollen bis spätestens Jahresende auf reguläre Plätze wechseln.

Durch die Neuschaffung von über 100 regulären Wohngruppen- und Verselbständigungsplätzen, sowie die Anerkennung von über 30 Gasteltern konnte das stationäre Angebot in Köln und Umgebung nachhaltig und qualifiziert ausgebaut werden.

Da der derzeitige Flüchtlingsnachstrom ausgebremst ist, wurden einige neugeschaffene Erstaufnahmegruppen wieder geschlossen, allerdings mit der Zielsetzung, sie bei veränderter Bedarfssituation kurzfristig aktivieren zu können.

Als problematisch wird die Situation der 52 Jugendliche eingeschätzt, die sich der Verteilung entzogen haben.

Die Jugendlichen tauchen ab, verlassen teilweise die Stadt Köln um in andere Städten ihre Wahl unter anderem Namen um Inobhutnahme zu bitten. Ein großer Teil bleibt in Köln und hält sich bei Freunden und Bekannten in ihrer Community auf. Zum Teil bitten sie auch in der Nacht um Inobhutnahme, wenn sie keinen anderen Schlafplatz finden.

Die konsequente Ablehnung von Integrationsprozessen und die verweigernde Haltung zu Jugendhilfeangeboten bereitet massive Probleme in der Umsetzung des Schutz- und Erziehungsauftrages im Rahmen der Jugendhilfe.

So werden die Anforderungen der Jugendhilfe auf Mitwirkung (Besuch eines Sprachkurses, Schulbesuch, Einhalten von Regeln in der Wohngruppe, Einhalten einer Tagesstruktur) durch diese Jugendlichen konsequent verweigert. Durch diese selbst gewählte prekäre Lebenslage, sind diese Jugendlichen oftmals in vielfältige kriminelle Gefährdungssituationen verwickelt.

Projekte, wie das kriminalpräventive Projekt „Klarkommen“ versuchen, diese Jugendlichen zu erreichen. Steigt die Zahl dieser Personengruppe dauerhaft an, sind aus der Sicht der Jugendverwaltung ressortübergreifende Konzepte im Umgang mit diesen Heranwachsenden zu entwickeln.

gez. Dr. Klein